

**II-2684** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1355/J

1985-05-09

*A n f r a g e*

*der Abgeordneten Dr. Lichal  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend die Hinderung in der Ausübung des Wahlrechts durch  
Sicherheitswachebeamte anlässlich der Kärntner Gemeinderats -  
wahl am 17.3.1985*

*Anlässlich der Kärntner Gemeinderatswahl am 17.3.1985 gab  
der Zentralinspektor der Sicherheitswache Klagenfurt die  
Weisung heraus, daß außerhalb des Gemeindebereiches von  
Klagenfurt wohnende Sicherheitswachebeamte nur dann in  
ihrer Wohngemeinde das Wahlrecht ausüben dürfen, wenn  
sie für die Dauer ihrer Abwesenheit selbst einen Vertreter  
ausfindig machen und diesen auch entgelten. Ansonsten  
müßten sie auf das Wahlrecht verzichten.*

*Diese Regelung bewirkte, daß Sicherheitswachebeamte, die  
keine Vertreter stellig machen konnten, von ihrem Wahl-  
recht keinen Gebrauch machen konnten und ihnen die Ausübung  
des Wahlrechtes dadurch verwehrt wurde.*

*In seiner Sitzung vom 27.3.1985 befaßte sich der Dienst-  
stellenausschuß für die Bediensteten der Sicherheitswache  
bei der Bundespolizeidirektion Klagenfurt mit diesem Sach-  
verhalt und stellte dabei fest, daß eine Teilnahme der*

betroffenen Sicherheitswachebeamten an der Wahl organisatorisch ohne größere Schwierigkeiten zu bewältigen gewesen wäre, und zwar in der Form, daß die auswärts wohnenden Sicherheitswachebeamten etwa eine Stunde später zum Dienst gekommen wären und gleich nach Öffnung der Wahllokale gewählt hätten. Es wären dabei vielleicht einige wenige Überstunden angefallen, die zwecks Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Sicherheitswachebeamten zu vertreten gewesen wären.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) War die anlässlich der Kärntner Gemeinderatswahl vom 17.3.1985 herausgegebene Weisung des Zentralinspektors der Sicherheitswache Klagenfurt
  - a) Polizeidirektor Dr. K.
  - b) dem Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit
  - c) Ihnenbekannt?
- 2) Halten Sie diese Weisung im Hinblick auf Art. 7 Abs.2 B-VG ("Den öffentlichen Bediensteten .....ist die ungeschmälerte Ausübung ihrerpolitischen Rechte gewährleistet.") für rechtlich (verfassungsrechtlich) einwandfrei und unbedenklich?

- 3 -

- 3) Werden Sie diese Weisung zum Anlaß für
- a) dienstrechtliche
  - b) diszipliniäre
- Maßnahmen nehmen?
- 4) Wenn nein: Weshalb nicht?
- 5) Wenn ja: In Ansehung welcher Person bzw. welcher Personen?
- 6) Werden Sie hinsichtlich der in Rede stehenden Weisung eine Überprüfung in strafrechtlicher Hinsicht, insbesondere in Richtung § 262 Abs.2 StGB (Wahlbehinderung) veranlassen?
- 7) Wenn nein: Weshalb nicht?
- 8) Wenn ja: In Ansehung welcher Person bzw. welcher Personen?
- 9) Werden Sie künftighin in gleich-bzw. ähnlich gelagerten Fällen (Wahlen z. Nationalrat, Landtag bzw. Gemeinderat) Vorsorge dafür treffen, daß allenam Wahltag Dienst versehenen Exekutivorganeneine freie und ungehinderte Ausübung ihres Wahlrechtes ermöglicht wird?
- 10) Wenn nein: Weshalb nicht ?
- 11) Wenn ja: Auf welche Weise?